

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

### Gefahren durch Windräder für Hubschrauber-Rettungstransporte

Die **Kleine Anfrage 1976** vom 30. Oktober 2013 hat folgenden Wortlaut:

Anlässlich des 40. Geburtstages des Rettungshubschraubers Christoph 23, der in Koblenz stationiert und für die Notfallversorgung im nördlichen Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung ist, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Piloten zunehmend mit Problemen durch die steigende Zahl an Windrädern kämpfen. Sobald die Sicht schlecht sei, würden die bis zu 200 Meter hohen Windräder bei den Hubschraubereinsätzen zur Gefahrenquelle. Es wurde die Befürchtung geäußert, irgendwann nicht mehr in den Hunsrück fliegen zu können, weil insbesondere hier die Situation extrem sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die geschilderte Problematik?
2. Inwiefern sieht sie diesbezüglich besondere Problematiken in bestimmten Regionen von Rheinland-Pfalz?
3. Inwiefern findet die geschilderte Problematik Beachtung bei der Standortbestimmung für Windenergieanlagen?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Windenergie-Ausbaupläne der Landesregierung?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 19. November 2013 wie folgt beantwortet:

Windenergieanlagen werden wie allgemeine Luftfahrthindernisse behandelt und sind zur Gewährleistung der Luftverkehrssicherheit grundsätzlich ab einer Gesamthöhe von 100 Metern über Grund als Luftfahrthindernisse zu kennzeichnen. Diese Kennzeichnung erfolgt in der Regel durch farbliche Markierungen sowie durch Hindernis- und Gefahrenfeuer.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Notfallversorgung durch Rettungshubschraubereinsätze wird derzeit und auch in der Zukunft durch Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt.

Zu Frage 2:

Die Beurteilung hinsichtlich der Durchführung des sicheren Flugbetriebs obliegt dem verantwortlichen Luftfahrer. Unabhängig von den in den verschiedenen Regionen von Rheinland-Pfalz vorhandenen, entsprechend für Luftfahrer gekennzeichneten Windenergieanlagen haben auch Rettungshubschrauberpiloten grundsätzlich eine gewisse Sicherheitsmindesthöhe einzuhalten. Die Luftfahrthindernisse darstellenden Windenergieanlagen müssen dabei regelmäßig umflogen werden. Bei Landungen zur Hilfeleistung im Falle einer Gefahr für Leib oder Leben einer Person sind Unterschreitungen der vorgeschriebenen Sicherheitsmindesthöhe zulässig.

b. w.

Zu Frage 3:

Bereits im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von Windenergieanlagen mit einer Höhe von mehr als 100 m über Grund wird eine luftverkehrsrechtliche Zustimmung unter Berücksichtigung der gutachterlichen Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation erforderlich. Berücksichtigt werden beispielsweise An- und Abflugverfahren sowie Hindernisfreiflächen an Flugplätzen. Einsätze im primären Luftrettungsverkehr können jedoch überall stattfinden und daher in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Zu Frage 4:

Konsequenzen für die Pläne der Landesregierung zum Ausbau der Windenergienutzung ergeben sich nicht.

Eveline Lemke  
Staatsministerin